

Punkt 4 der öffentlichen Sitzung am 04. Februar 2014

Vorlagen-Nr. 13-F-03-0063

Existenzgründungen von Migrantinnen und Migranten - Antrag von Bündnis90/Die Grünen vom 27.05.2013 -

Laut Prognosen des Deutschen Industrie und Handelskammertages (DIHK) wird das Gründungsinteresse von Migrantinnen und Migranten weiter zunehmen. „Wir rechnen damit, dass Existenzgründer mit Migrationshintergrund bis zu 100.000 neue Arbeitsplätze schaffen“, äußerte DIHK-Migrationsexperte Marc Evers gegenüber der Frankfurter Rundschau (13.01.2012). Ende 2011 wurde eine vom Bundeswirtschaftsministerium in Auftrag gegebene Studie veröffentlicht, in der auch ein deutlicher Anstieg von Unternehmensgründungen von Personen mit Migrationshintergrund festgestellt wurde. Zwischen 2005 und 2009 hat sich die Anzahl der pro Jahr von Migrantinnen und Migranten gegründeten Unternehmen um ein Viertel auf 130.000 Betriebe erhöht, was ca. 30 Prozent aller Existenzgründungen entspricht.

Jedoch sei das Gründungsgeschehen durch eine „hohe Fluktuation und eingeschränkte Nachhaltigkeit“ geprägt. Zur Erhöhung der Nachhaltigkeit sei besonders eine effektive Beratung notwendig. Die „noch weit verbreitete Unwissenheit über das Angebot qualifizierter Beratungsangebote“ sei ein Problem. Deshalb sei „eine bessere Einbindung in bestehende allgemeine Beratungsangebote“ anzustreben. Empfohlen wird eine „stärkere Sensibilisierung und Aufklärung der Akteure der Gründungsförderung zum Potential und zur Praxis der Gründungsaktivitäten durch Personen mit Migrationshintergrund“. Für die stärkere Nutzung der allgemeinen Angebote der Gründungsförderung und -beratung seien „die Bekanntheit der entsprechenden Einrichtungen zu steigern und der Zugang für diese Zielgruppe zu erleichtern. Hierzu sollte ein interkulturelles Marketing von Förderinstitutionen und -programmen angestrebt werden.“

Auch der Wiesbadener Integrationsbericht stellte fest, dass die Zahl von Gewerbeanmeldungen durch Migrantinnen und Migranten steigt, obwohl die Gesamtzahl der Neugründungen gesunken ist. Jedoch scheitert ein besonders hoher Anteil schon im ersten Jahr. Beratungsangebote werden noch zu selten genutzt.

Deshalb wird empfohlen, in bestehenden Einrichtungen, wie zum Beispiel Exina oder Berufswege für Frauen, migrationssensible Formen der Existenzgründungsberatung zu implantieren.

Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

in Kooperation mit der Frauenbeauftragten zu berichten,

1. in wieweit es für Migrantinnen und Migranten zugeschnittene Formen der Existenzgründungsberatung gibt
2. ob es Überlegungen, bzw. Vorarbeiten gibt, diese weiter zu entwickeln
3. und wie diese Bevölkerungsgruppe über bestehende und zukünftige Angebote informiert wird oder werden könnte.

Beschluss Nr. 0007

1. Der schriftliche Bericht des Magistrats (Dezernat V) vom 04.10.13 wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Antrag von Bündnis90/Die Grünen vom 27.05.2013 betr.

Existenzgründungen von Migrantinnen und Migranten

hat durch den schriftlich vorgelegten Bericht und die in der heutigen Sitzung gemeinsam mit dem Ausschuss für Frauenangelegenheiten geführte Aussprache seine Erledigung gefunden.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .02.2014

Apel
Vorsitzende

Der Stadtverordnetenvorsteher

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .02.2014

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .02.2014

Dezernat V
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gerich
Oberbürgermeister